

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

27.1.1865 (No. 23)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 27. Januar.

N. 23.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 26. Januar.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliessung vom 20. d. Mts. gnädigst geruht, den Amtmann Georg Pfeiffer von Mannheim in gleicher Eigenschaft dem Bezirksamt Emmendingen zuzutheilen;

ferner mit höchster Entschliessung vom 18. und bezw. 20. d. Mts. die Stelle eines evangelischen Hausgeistlichen an der Heil- und Pflegeanstalt Jlenau dem Vikar Karl Ströbe daselbst, unter gleichzeitiger Verleihung des Titels und Rangs als Pfarrer, zu übertragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Wien, 25. Jan. (A. Z.) Eine kais. Entschliessung verfügt, daß das ungarische Organisationswerk zu beschleunigen und dem einzuberufenden Landtag als künftl. Proposition vorzulegen, auch die Aufhebung des Kriegsprioritätsprinzips vorzubereiten sei.

Wien, 26. Jan. Die „N. Freie Presse“ bringt ein Telegramm aus Pesth, wornach die Veröffentlichung der Einberufung des ungarischen Landtags auf den 15. April und die Eröffnung desselben auf den 15. Mai in Aussicht genommen sein soll.

Wien, 26. Jan., Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses erklärte sich die Regierung bereit, die von dem Erforderniß des Staatsvoranschlags abzuhängende Ziffer zu fixiren, wenn der Finanzausschuss auf die Bedingungen der Regierung: Gestattung der Uebertragungen und sofortige Verabreichung des Budgets auch für 1866, eingehen wolle. Der Finanzausschuss lehnte dies ab und beschloß, die Abstriche in dem Ausgabenbudget selbständig vorzunehmen.

Wien, 25. Jan. (A. Z.) Ein Pariser Telegramm der „N. Fr. Presse“ meldet, Graf Russell habe sich in einer Depesche nach Berlin gegen eine Annexion der Herzogthümer ausgesprochen, wegen eventueller Ansprüche Frankreichs auf Kompensation. Es sprechen Gründe für die Glaubwürdigkeit dieser Nachricht.

Paris, 26. Jan. (Schw. M.) Bei den am Sonntag vorgenommenen Wahlen zum reformirten Presbyterialrath von Paris siegten die Orthodoxen. Von 6 zu Wählenden setzte diese Partei 5 durch. Guizot blieb in Ballotage mit dem liberalen Kandidaten.

Turin, 25. Jan. (Sch. M.) Diesen Abend machte ein Volkshaufe, darunter eine Anzahl Studenten, eine Demonstration zu Gunsten des Grafen Sclopis (der wegen der

Verlegung der Hauptstadt seine Stelle als Senatspräsident niedergelegt hat) und anderer altpiemontesischen Notabilitäten. Die Ordnung wurde nicht gestört.

Deutschland.

Stuttgart, 25. Jan. Gestern hat die Zweite Kammer die Berathung des neuen Pensionsgesetzes begonnen; die ganze Sitzung wurde mit der Vorfrage angefüllt, ob überhaupt auf die Einzelberathung des Gesetzes eingegangen werden solle. Die Finanzkommission hatte die Frage bejaht, der Abg. Ködinger aber den Gegenantrag gestellt, nicht in die Berathung dieses Gesetzes einzutreten, und eventuell den weiteren Antrag beigefügt: wenigstens erst nach vorheriger Berathung des Gesetzentwurfs über die Besoldungsaufbesserungen. Der erste Theil des Ködinger'schen Antrags wurde mit 67 gegen 11 Stimmen verworfen. Mit Ja stimmten Pfäflin, Ködinger, Tafel, Hopf, Nägele, Fezer, Schott, Schwaberer, Hölder, Deisterlein, Weipert. Auch der zweite Theil des Antrags erhielt nur wenige Stimmen. Es wurde daher auf die Einzelberathung eingegangen, jedoch nur der Artikel 2 erledigt, da der Art. 1, welcher von den Dienstverhältnissen handelt, erst nachher berathen werden soll. Dieser Art. 2 erhielt nach erfolgter Abstimmung über die vielen zu demselben gestellten Amendements folgende Fassung:

Im Fall der Pensionierung beträgt der Ruhegehalt bei angetretenem zehnten Dienstjahre 40 Proz. der Besoldung. Mit jedem Dienstjahre, bis zu dem 40. einschließl., steigt derselbe 1 um 1/2 Proz. aus dem Betrag der Besoldung bis einschließl. 1200 fl., 2) um 1/2 Proz. aus dem Betrag der Besoldung, welche 1200 fl. übersteigt. Der höchste Betrag einer Pension wird auf die Summe von 3000 fl. festgesetzt.

Zu Anfang der Sitzung beantwortete der Hr. Minister Frhr. v. Barnhäuer als Chef der Betriebsanstalten die Interpellation des Abg. Zeller und Genossen in Betreff des Baues der Schwarzwaldbahnen und des Standes der Verhandlungen über die Anschlüsse derselben mit den Nachbarstaaten im Wesentlichen wie folgt: Er habe in der Sitzung vom 28. v. M. die allgemeinen Grundzüge bezeichnet und er könne jetzt nicht mehr thun, als auf die demnächst erfolgenden Eisenbahn-Vorlagen hinzuweisen. So viel könne er indes jetzt schon sagen, daß er die Dernedarbahn im Thalweg fortzuführen beabsichtige, daß er aber über die im Zuge befindlichen und ihren Anschlüssen nahen Verhandlungen mit den Nachbarstaaten keine Auskunft geben könne, um ihnen nicht zu schaden.

München, 25. Jan. Offiziösen Andeutungen verschiedener Blätter zufolge ist die Einberufung des Landtags auf Anfang April zu erwarten.

Kassel, 24. Jan. (Kassel. Ztg.) Dem dormaligen Abgeordneten Jungermann war die nach der Gemeindeordnung erforderliche Bestätigung seiner Wahl zum Bürgermeister von Bockenheim Seitens der Regierung zu Hanau versagt worden. Die deshalb an das Ministerium des Innern gerichtete Beschwerde ist von diesem zurückgewiesen worden.

Koburg, 22. Jan. Der Geh. Staatsrath Franke hat, wie die „Leipz. Ztg.“ meldet, in einem von Kiel aus an die hiesige Ministerialabtheilung erlassenen Schreiben sein Amt hier förmlich niedergelegt und von seinen Kollegen Abschied genommen.

Hannover, 24. Jan. (Fr. Z.) Der Zusammentritt der

Ständeversammlung wird sich bis Ende März oder Anfang April verzögern, da die Erledigung der handelspolitischen Unterhandlungen abgewartet werden soll, welche augenblicklich zwischen Preußen und Oesterreich gepflogen werden.

Hamburg, 24. Jan. (Wes. Ztg.) Dem „N. Hamburg“ zufolge sollen augenblicklich Vermessungen zum Zweck einer Elbüberbrückung vorgenommen werden, nachdem hiezu in diesen Tagen hannoversche Ingenieure in Harburg eingetroffen sind. — Dasselbe Blatt theilt mit: Der Senat sei bereit, auf die beantragte Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission von Senat und Bürgerschaft zur Prüfung der hiesigen Valutaverhältnisse einzugehen. Es heißt, man beabsichtige die vielseitig gewünschte Veröffentlichung des Saldo's der Hamburger Bank.

Hamburg, 25. Jan. Die „Berling. Ztg.“ widerlegt die Nachricht der „Kiel. Ztg.“, daß die Kopenhagener Nationalbank die Auszahlung der Zinsen der schleswig-holsteinischen Schatzkammercheine verweigere. Die Kopenhagener Nationalbank und die Flensburger Filialbank bezahlen die Zinsen aus. Die Grenzregulirungs-Kommission hat sich in Kopenhagen versammelt. Guldentrone ist als Geschäftsträger nach Berlin beordert, bis ein Gesandter den Posten übernehmen wird.

Itzehoe, 22. Jan. (Sch. M.) In Veranlassung der zur Sprache gebrachten Kieler Adresse erklärte der Schleswig-holsteinische Verein zu Itzehoe in seiner Sitzung vom 21. Jan. 1865:

Wir verwerfen, wie wir das schon in unserer Sitzung am 30. Dez. v. J. gethan haben, den Standpunkt der Kieler Adresse, welche vom Lande gerichtet ist. Freu unsrerem Herzog, dem wir gehuldt, halten wir fest an dem längst von uns eingenommenen Standpunkt einer dauernden Verbindung mit Preußen, als dem Vertreter der deutsch-nationalen Interessen, bezüglich der militärischen, maritimen und kommerziellen Beziehungen im Wege des Vertrags.

Der Nachdruck dieser Erklärung liegt auf der Verbindung mit Preußen, welche in der Kieler Anti-Plessen'schen Adresse nicht genügend gewahrt schien. Ohne Zweifel werden sich der Itzehoer Erklärung zahlreiche schleswig-holsteinische Vereine anschließen und so verhindern, daß nicht aus dem Widerspruch gegen Plessen und Genossen eine rein partikularistische Richtung erwachse, welche, das Kind mit dem Bad ausschütend, die Annexion als ihren Gegenstand herausfordern und dadurch derselben nur in die Hände arbeiten würde.

Hendenburg, 22. Jan. Ueber die (schon erwähnte) Versammlung des hiesigen Schleswig-holsteinischen Vereins am 21. entnehmen wir der „Kiel. Ztg.“ noch Folgendes: „Es wurde das in Bezug auf die politische Landeslage erlassene Rundschreiben des engern Ausschusses der Gesamtvereine verlesen und erklärte die Versammlung sich damit einverstanden. Hierauf gab die Kieler Adresse der größern Grundbesitzer des Landes, von welcher Abschriften zum Unterzeichnen auch hieher gelangt sind, Veranlassung zu längern Erörterungen. Die Versammelten einigten sich schließlich in der Erklärung, der Verein als solcher setze von dieser Adresse schon aus dem Grunde seiner Beitrittserklärung zum erwähnten Rundschreiben des Ausschusses ab. Danach sprach derselbe sich gegen eine von vielen Seiten gewünschte Berufung einer Delegirtenversammlung als gegenwärtig noch nicht zeitgemäß

lich. Unser Inneres befehrt uns hinfänglich über die Art und Weise, wie wir zu handeln und uns gegen einander zu verhalten haben.

Obgleich Wohlwollen und Milde ein Hauptzug seines Charakters war, so konnte er, wo er es für notwendig erachtete, doch auch sehr streng und selbst hart verfahren. Als einmal ein ihm untergeordneter Beamte sich schwere Erpressungen zu Schulden kommen ließ, glaubte er ein abschreckendes Beispiel aufstellen zu müssen, leitete eine Untersuchung gegen ihn ein und ließ ihn nach erwiesener Schuld sofort hinhängen. Ein andrer Mal legte es die Partei eines benachbarten Fürsten bei einer Zusammenkunft der regierenden Häupter darauf an, seinen Fürsten durch Sinnenreize für ihre Pläne zu gewinnen; aber Confucius, der damals Minister war, betrachtete dies als eine Verletzung der Würde des Staates und seines Oberhauptes und ließ mitten im Jubel des Festes die Tänzerinnen und Schauspielerinnen aufgreifen und hinhängen.

Nach Confucius' Tode stieg die Verehrung desselben immer höher und seine Lehre breitete sich immer weiter aus. Im dritten Jahrhundert vor Christus wurde dieselbe zur Staatsreligion erhoben, zu welcher sich der Kaiser und die Mandarinen bekennen. Die niederen Volksklassen des chinesischen Reichs sind noch jetzt theils dem Buddhismus, theils der Lehre des Confucius zugethan.

Die Lehre dieses chinesischen Reformators ist mit der altindischen Religion sehr verwandt; nur ist sie weniger mantrigaltig. Es gibt nach derselben nur zwei große göttliche Mächte, den Himmel als die erregende, lebendwede Kraft, und die Erde als das empfangliche Element. Aus dem Zusammenwirken dieser beiden sind die Geschöpfe, insbesondere auch die Menschen hervorgegangen. Weiter wird in einem uralten chinesischen Buch, im Yking, noch erwähnt, daß es einen großen Geist gebe, der Himmel und Erde aus sich heraus entwickelt habe, und selbst in dem Volksglauben findet sich die Ansicht, daß es außer dem sichtbaren auch noch einen geistigen Himmel gebe, worin der Tao, d. h. die göttliche Vernunft herrsche, welche die Welt ordne

und regiere. Solche Spekulationen kommen übrigens in der chinesischen Religionslehre nur selten vor, da Confucius das Hauptgewicht auf die Sittenlehre legte, ein zu eifriges Betreiben in die Dogmen dagegen für bedenklich hielt und dieselben lieber dem Ermessen eines jeden Einzelnen überließ.

Dieser Ansicht entsprechend hat sich auch bei den Chinesen kein besonderer Priesterstand ausgebildet. Ein jeder Hausvater verehrt die höhern Mächte, so wie seine Ahnen, nach seiner eigenen Ansicht und nach seinem eigenen Gefühl, ohne daß der Staat einen Einfluß darauf auszuüben sucht. Hierin liegt ohne Zweifel der Hauptgrund davon, daß die ganze Geistesfähigkeit der Chinesen so sehr vom Idealen abgewandt ist und eine fast ausschließlich praktische Richtung bekommen hat. Wohl in Folge dessen sind auch die Chinesen trotz der vielen Völkerschaften, welche ihren Staat bilden, schon sehr frühe zu einer staatlichen Einheit gelangt und behaupten diese Einheit seit mehreren Jahrtausenden. Hierin unterscheidet sich dieses Volk ganz wesentlich von den Indiern, welche es nie zu einer lebenskräftigen politischen Einheit gebracht und deshalb ihre Selbständigkeit verloren haben.

Am der Spitze des chinesischen Reichs steht ein Kaiser, welcher, im Einklange mit arischen Vorstellungen, als der Sohn des Himmels betrachtet wird und von dem Volke wie Vater und Mutter verehrt werden soll. Der Kaiser hat seine Macht von Gott und ist dessen Stellvertreter auf Erden. Aus diesem Glauben leiteten die christlichen Theologen die Folgerung ab, daß diese Gewalt ein unabänderliches, unantastbares göttliches Recht sei, welches der Person des Dynasten unbedingt angehöre. Ganz anders lauten dagegen die Folgerungen, welche im Schutze, dem alten, wahrlich nicht von Confucius gemachten oder abgefaßten Religionsbuche der Chinesen daraus gezogen werden. Der Himmel, heißt es dort, hat dem Kaiser die Gewalt über die Völker und über die Tugend willen verliehen. Wenn derselbe diese vergißt, dann erfüllt er nicht den Auftrag des Himmels, und wenn sich eine Bewegung dagegen erhebt, so entspricht diese den Absichten des Himmels und dient zur Wiederherstellung der Weltordnung.

(Schluß folgt.)

Karlsruhe, 22. Jan. (Wintervorlesung. Fortsetzung.)

Während der Kreuzerjahre machte sich nun Confucius mit den alten Einrichtungen seines Volkes bekannt und sammelte und studirte die Schriften seiner alten Weisen. Der Ruf von seiner ausgezeichneten Begabung verbreitete sich mehr und mehr, und er wurde bald zum Minister und Statthalter eines der zahlreichen Staaten ernannt, in welche damals das chinesische Reich, auf ähnliche Weise wie früher die Staaten des deutschen Reichs, getheilt war. Als er später mit dem Nachfolger des Fürsten von Lu — dies war der Name jenes Staats — in ein minder gutes Einvernehmen kam, begab er sich in einen andern chinesischen Staat, wo man es zwar, besonders wegen seiner Uneigennützigkeit, an äußern Zeichen der Achtung und Verehrung für ihn nicht fehlen ließ, aber gleichwohl sein befähigtes Dringen auf Verbesserungen unbenutzt ließ. Er begab sich deshalb auf Reisen, und, mit mannigfachen Erfahrungen bereichert, kehrte er endlich in spätem Alter wieder nach Lu in seine Heimath zurück. Eine Menge von Schülern sammelte sich sofort um den weltberühmt gewordenen Mann, welcher unter ihrer Mitwirkung auf die chinesischen Privat- und Staatsverhältnisse einen tiefen Einblick ausübte. Er war von Allen hoch verehrt, nahm jedoch keinen unmittelbaren Antheil an der Leitung des Staates, sondern wirkte mehr durch seine Lehre, durch seinen Rath und durch sein Beispiel.

Mit durchaus praktischem Sinne legte Confucius das Hauptgewicht auf die Sittenlehre und die Betätigung derselben durch unsere Handlungen. Nach seiner Lehre soll der Mensch vor allem Andern sich selbst beherrschen lernen und an seiner eigenen Besserung arbeiten. Ist ihm dies gelungen, dann soll er die äußern und innern Zustände seiner Familie zu verbessern suchen, und erst wenn auch dies mit Erfolg gethan, soll er sich der höchsten Aufgabe, der Leitung und Verbesserung des Staates, zuwenden. Die Güter soll der Mensch verehren, aber er soll sich von ihnen fern halten; ihr Wesen sei uns zu wenig verständ-

aus; der engere Ausschuss könne einer Delegirtenversammlung kein anderes Programm vorlegen, als seine jüngste Ansprache an die Vereine, und in diesem Sinn hat auch der Zentralausschuss sich in einem spätern Rundschreiben ausgesprochen. Endlich beantragt der Vorsitzende (Wiggers) eine lokale Feier des 1. Februar, als des Jahrestags der Ueberschreitung der schleswig'schen Grenze von Seiten der österreichisch-preussischen Truppen, eventuell eine allgemeine Landesfeier unter Zustimmung des engern Ausschusses, womit die Versammelten sich einverstanden erklärten."

Sonderburg, 22. Jan. (Schlesw.-Holst.-Ztg.) Schon vor einiger Zeit verkündete, daß der deutsche Schulunterricht wieder hier eingeführt werden solle; am letzten Sonntag ist nun die defällige Bestimmung der Ziviltommiffäre öffentlich bekannt gemacht. Darin heißt es, daß sofort aller Unterricht wie vor 1848 herzustellen sei, in deutscher Sprache, nur mit der Ausnahme, daß der Religionsunterricht der bis Ostern 1866 zu konfirmirenden in früherer Weise verbleibe. Die Dänen ordneten der Zeit an, daß in Augustenburg z. B. die Konfirmation dänisch zu vollziehen sei, obgleich den Kindern nur drei Wochen zur Erlernung der Sprache blieb. Mit Ostern wird die vollständige Organisation der Schulen eintreten; wir haben dann Bürgerschulen, eine Rektorschule, eine Realschule, die neu begründet wird, und für die Mädchen gleichfalls Elementarschulen und eine subventionirte Mädchenschule, die eingerichtet wird. Die Zivilbehörde hat gestern Abend telegraphisch hierher melden lassen, wie sie nunmehr genehmigt, daß für die abgebrannten Häuser aus Staatsmitteln vorzugsweise das fehlende Drittel hergegeben werde. Diese Hilfe macht eine Fortsetzung der zahlreichen Bauten allein möglich; schon waren bedenkliche Störungen an manchen Stellen eingetreten. Ganz besondere Zuschüsse thun uns bei den großen baaren Verlusten auch noch. Noch fehlen allein 300,000 Mk. für Mobiliarschäden, obgleich wir dankbar die großen Unterstützungungen, die uns geworden, anerkennen.

Berlin, 24. Jan. Herrenhaus. Adressdebatte. Die Tribünen sind zahlreich besetzt. Am Ministertisch Hr. v. Bismarck, später Graf zur Lippe.

Zunächst kommt folgendes Amendement von Dr. Blömer zur Verlesung:

"Das Herrenhaus wolle beschließen, Article 8 des Entwurfs zu setzen: Allerhöchster König und Herr! Wie in Ew. Königl. Majestät landesväterlichem Herzen, so lebt in uns Allen der dringende Wunsch, den beklagenswerthen Gegensatz beseitigt zu sehen, welcher nun schon Jahre lang zwischen Allerhöchster Regierung und einem Theil der Landesvertretung obwaltete. Aber das Bedauern über diesen Gegensatz hebt in uns keineswegs die unerlöschliche Ueberzeugung auf, daß die Selbständigkeit Preußens und seiner Machtstellung unter den europäischen Staaten eine feste und starke Regierung unbedingt erfordert, und wir werden deshalb in der Verteidigung der geselligen Rechte der Krone unverbrüchlich zu Ew. Majestät Regierung stehen. Von der andern Seite begrüßen wir aber auch freudig Ew. Majestät erhabenes Wort, daß Allerhöchstdieselben entschlossen sind, die Rechte, welche der Landesvertretung durch die Verfassungsurkunde eingeräumt worden sind, zu achten und zu wahren. Wenn, wie es die Wohlfahrt des Landes erfordert, seine Vertretung diese Rechte, namentlich das verfassungsmäßige volle Recht zur Bewilligung der Ausgaben des Landes, stets mit der unerlöschlichen Mäßigung und Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse übt, so dürfen wir hoffen, die Sehnsucht des Vaterlandes nach einem beschleunigten Abschluß der hochwichtigen Fragen, über welche bis jetzt ein Einverständnis nicht zu erzielen war, namentlich auch der gefühligen Erledigung der Angelegenheit der Heeresreorganisation erfüllt zu sehen. Blömer, als Antragsteller." Unterstützt von: v. Bernuth, v. Gruner, Jähniß, Dr. Schubert, Dr. Tellkampff, Graf York v. Wartenburg.

Der Antrag wird vom Präsidenten zur Unterstützung gestellt und findet genügende Unterstützung (u. A. auch Graf Arnim-Boitzenburg und Dr. Brüggemann). Hierauf geht das Haus zur Debatte über. Der erste Redner ist der Berichterstatter.

Herr v. Gaffron. Derselbe empfiehlt in kurzen Worten die Annahme des Entwurfs. Die Kommission habe sich bemüht, den Gefühlen des Dankes gegen den König in dem Entwurf Ausdruck zu geben, und hofft, daß ihr dies Bestreben gelingen sein werde.

Graf Arnim-Boitzenburg (als Antragsteller): Veranlassung zu seinem Antrag habe ihm zunächst die allgemeine Freude des Landes in allen Schichten der Bevölkerung gegeben. Dieser Enthusiasmus zwingt die Landesvertretung bei ihrem Zusammentritt, nicht hinter der Empfindung des Landes zurückzubleiben, und der Krone den Dank des Landes auszusprechen für die starke und weise Handhabung der Regierung. Die Kommission und die Antragsteller seien einstimmig über die Fassung der Adresse. In der innern Frage habe man große Schwierigkeiten zu überwinden, so schwierig, wie sie noch nie seit 50 Jahren dem Staate entgegengetreten seien. Zwischen Klippen habe man durchzusteuern, und müsse den Steuerleuten, denen es gelungen, dies in so geschickter Weise zu erreichen, wie dem jetzigen Ministerium, Dank sagen. (Beifall.) Und dieser Dank werde in der Adresse ausgedrückt, gleichwie die Hoffnungen auf die Zukunft. Sie sich die Verhältnisse in der innern und äußern Politik gestalten werden, müsse man der Regierung überlassen, und dürfe das Haus sich darin nicht mischen und müsse hoffen, daß es bei rücksichtvollem, mäßigen Gebrauch der Rechte der Landesvertretung zu einem guten erspriesslichen Ziele kommen werde. Er empfehle die Annahme des vorliegenden Adressentwurfs.

Graf Krassow. Er habe mit Freude die Adresse gelesen. Er hoffe, daß den Siegen im Aeußern auch Siege im Innern folgen werden. Für die Adresse das Wort zu nehmen, sei unnötig; aber weil die Worte, die hier gesprochen werden, weit hinausgehen in's Land und dort eine gute Stätte finden, wolle er dennoch einige Worte hier anführen. Es sei unbegreiflich, wie trotz der vorliegenden Thatfachen man immer noch gegen die Militärreorganisation sein könne und deren Zweckmäßigkeit bestreiten könne. Erfreulich findet Redner ferner die Einmüthigkeit der beiden deutschen Großmächte. Er hoffe endlich, auf die inneren Fragen übergehend, auf den Sieg der Regierung gegen eine Partei, welche den Schwerpunkt des Regierens von der Krone auf einen Theil der Landesvertretung übertragen wolle. Redner verweist auf die Erfolge des Heeres, die geordneten Finanzen und die treffliche Verwaltung u. s. w. Nur ein unzweifelbarer Geist der Negation könne dem gegenüber die alten Theorien aufrecht erhalten.

ten. Er empfiehlt schließlich möglichst einstimmige Annahme des Adressentwurfs.

An der Debatte beteiligen sich ferner noch die H. Dr. Blömer (für seinen Antrag), v. Below (für den Kommissionsantrag), v. Waldow-Steinhövel und v. Senfft-Pilsach (für den Antrag der Kommission), worauf der Ministerpräsident v. Bismarck das Wort ergreift. Derselbe spricht seinen Dank aus für die wohlwollende Beurtheilung, welche die Regierung beim Hause gefunden. Er wolle zu der Auffassung von dem innern Konflikt noch einige Sätze hier anführen, welche nicht oft genug wiederholt werden könnten. Die Basis der preussischen Verfassung sei der Kompromiß, denn die Verfassung stelle drei Gewalten auf, welche nebeneinander und nicht eine der andern untergeordnet dastehen. Das in Vorschlag gebrachte Auskunftsmitglied, durch Berufung liberaler Mitglieder das Herrenhaus den Ansichten des Abgeordnetenhauses geneigter zu machen, sei ein verfassungswidriges, weil es das konstitutionelle Prinzip untergrabe. Der Weg des Kompromisses sei durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 22. Sept. 1860 verlassen worden. Er wolle nicht alle Beschlüsse der damaligen Regierung gutheißen; das wolle er aber hier anführen, daß, als dieses Ministerium die Regierung übernahm, die Unmöglichkeit für sie vorlag, die Armeeorganisation rückgängig zu machen.

Besonders dankbar bin ich den H. Dr. Antragstellern für die Art und Weise, mit welcher sie die auswärtige Politik beehrt haben. Jeder praktische Geschäftsmann kennt die Bedenken, welche der Beruflichkeit darüber schwebender Verhandlungen entgegen stehen, indem er sonst entweder sein eigenes Ziel vorzeitig festlegt oder ein solches Ziel auf dieses Ziel in den Augen anderer Unterhandlender geworfen wird. Die Herren sind versichert und wollen sich versichert halten, daß in den schwebenden Verhandlungen die beiderseitigen Interessen mit Festigkeit vertreten werden, und darf ich die sichere Ueberzeugung aussprechen, daß preussisches Blut nicht umsonst geflossen sein wird. (Bravo, Bravo.) Von der liberalen Seite ist uns bei der Kritik der auswärtigen Politik sehr häufig der Vorwurf in der Presse gemacht worden — er wird auch in dem andern Haus voraussichtlich gemacht werden — daß wir die zukünftige Gestaltung der Herzogthümer uns dadurch erspähen hätten, daß wir in ein Bündniß mit Oesterreich eingegangen sind. Ich glaube, meine Herren, daß die Nützlichkeit dieses Bündnisses während der vergangenen Phase in der Zukunft in ein helleres Licht wird gestellt werden, als die bisherigen Ereignisse, so weit sie vorliegen, es gethan haben, und als ich selbst in diesem Augenblick im Stand bin, es zu thun. Einstweilen erlaube ich mir zu bemerken, daß, wenn wir den Weg, den wir gegangen sind, nicht gehen wollten, uns im regelmäßigen Weg nichts Anderes übrig blieb, als der des Bundeskriegs. Es ist nun auch dieser Weg mit mehr oder weniger Variationen in Bezug auf die Art, wie wir die Sache zu behandeln hätten, empfohlen worden. Nun liegt es auf der Hand, daß bei der Bundespflicht Oesterreich nicht bloß als einfacher Bundesgenosse, sondern als Präsidialmacht mitgewirkt haben würde, und daß neben Oesterreich und viel entscheidender die Majorität des Bundestags nicht bloß auf die Kriegführung, sondern auch auf die schließliche Gestaltung der Herzogthümer niemals eingewirkt haben würde. Daß wir von dieser Majorität eine wohlwollendere Berücksichtigung der speziellen preussischen Interessen zu erwarten gehabt hätten, als von dem befreundeten und verbündeten Oesterreich, das, glaube ich, werden selbst die Herren, die uns diesen Vorwurf machen, nicht erwarten. Ich glaube, sie machen ihre Vorwürfe nur, indem sie ihre Konsequenzen nicht bis zum Ende ziehen, und sehen nicht, was die notwendigen Resultate gewesen wären, wenn man ihren Rathschlägen folgte. Der Gedanke, daß der Krieg, den wir geführt haben, nicht für Preußen zu führen sei, führt uns auf ein Feld der Konjekuralpolitik, das ich im Hinblick auf meine amtliche Stellung zu betreten mir verlagern muß; nur so viel ist gewiß, daß wir zu einem solchen Kriege ohne Oesterreich die Zustimmung der deutschen Bundesregierungen nicht gehabt hätten, daß wir uns also außerhalb der preussischen Armee nur hätten auf Elemente stützen können, die entweder im Widerspruch oder jedenfalls ohne Bewilligung der Regierungen sich uns angeschlossen hätten; regelmäßige Truppen wären es nicht gewesen. Wenn ich mich auf diese wenigen Andeutungen in Bezug auf ein Thema, welches alle Gemüther in diesem Augenblick wesentlich interessiert, beschränke, so wollen Sie darin nicht einen Mangel an Vertrauen zu Ihrer Uebereinstimmung mit der Regierung sehen, sondern die Beobachtung der notwendigen Rücksicht, welche mir die Offenlichkeit auferlegt. (Lebhaftes und anhaltendes Bravo.)

Nachdem die Diskussion geschlossen, ergreift der Berichterstatter v. Gaffron noch einmal das Wort für den Kommissionsentwurf und gegen das Amendement. Der Präsident scheidet hierauf zur Abstimmung. Das Amendement wird verworfen. Während der namentlichen Abstimmung über die Adresse verlassen die Minister den Sitzungssaal. Für die Adresse sind von 90 abgegebenen Stimmen 84, dagegen 6, und zwar die Herren: Hohrecht, Dr. Schubert, Dr. Tellkampff, v. Bernuth, Blömer und v. Gruner.

Der Präsident theilt am Schluß mit, daß der König die Kommission zur Ueberreichung der Adresse persönlich empfangen werde. Zur Kommission wurden außer den drei Präsidenten die H. Dr. Brüggemann, Graf Burghaus, Graf Krassow, v. Gumpertow, v. Kochow-Plessow, Fürst B. Radziwill, Fürst Salm-Reiferscheidt, Graf Solms-Baruth und v. Mebing durch das Loos bestimmt.

Berlin, 24. Jan. Abgeordnetenhause. Zur Ergänzung unserer Berichte über die heutige Adressdebatte theilen wir noch folgendes mit. Das Motiv, welches Hr. v. Sauten-Julienfeld bei der Ablehnung der Wahl leitete, liegt nach seiner Angabe darin, daß er, nachdem er Kenntniß von der Stellung der Regierung zu dem von dem Hause gefaßten Beschluß erhalten, den innern Konflikt nicht noch erweitern wollte. Die Tagesordnung führt hierauf zu den Anträgen der Abgg. Reichensperger und Gen. und Wagener und Gen. auf Erlass einer Adresse an Se. Maj. den König. Die Berichterstatter Abgg. Twesten und Ahmann beantragen die Ablehnung dieser Anträge.

Zwischen: Der Umstand, daß die vorliegenden Anträge von der Minorität gestellt worden, sei für dieselben charakteristisch. Die Majorität scheidet eine offene Verhandlung nicht, sie halte eine Adresse aber für zwecklos und überflüssig. Der Umstand, daß der König den Landtag in Person eröffnet habe, rufe durchaus nicht die Nothwendigkeit hervor, daß dieses Haus eine Antwortadresse erlassen müsse. Ueber die Ziele dessen, was im Interesse Preußens nach außen zu geschehen habe, könnten die verschiedenen Parteien einig sein; allgemein werde man sich auch gewiß darüber freuen, was die Armee geleistet habe; aber solle deshalb dieses Haus seine Rechte nun zu den

Fügen des Thrones niederlegen? (Sehr gut!) Wenn man das wünsche, so müsse man andere Vertreter des Volkes wählen, die gegenwärtigen taugten dazu nicht. (Bravo!) Redner kritisiert dann die Thronrede, indem er ausführt, wie das Budgetrecht nicht nur in Frage gestellt, sondern thatsächlich verletzt sei. Eine Ausgleichung wünsche gewiß auch dieses Haus, aber weder in der Militärfrage noch in einem andern Punkte finde es ein Entgegenkommen. Ob überhaupt eine Militärvorlage erfolgen werde, sei zweifelhaft, eine offizielle Ankündigung einer solchen sei bis jetzt nicht erfolgt; was für ein Nutzen könne da von einer Adresse erwartet werden? Ueber das Recht dieses Hauses könne kein Zweifel obwalten, der frühere Ministerpräsident v. Mantuffel habe dasselbe unbedingt anerkannt, und die gegenwärtige Staatsregierung bezeichne es als einen Versuch zur Lösung des Konflikts, daß dieses Haus auf sein Recht verzichte. Auf diesem Boden der Staatsregierung bewege sich auch die Wagener'sche Adresse. Was aber die konservative Partei betreffe, so widerspreche sich dieselbe jetzt in allen Punkten; eventuell wolle sie jetzt auch Oesterreich und das deutsche Bundesrecht über Bord werfen, während sie im verflochtenen Jahre noch für das Verbleiben der Herzogthümer bei Dänemark stritt. Redner verteidigt dann noch die vorjährige Stellung des Hauses. Die Thronrede spreche es mit Befriedigung aus, daß eine Anleihe für den dänischen Krieg nicht notwendig gewesen sei. Also habe dieses Haus doch Recht gehabt, daß es keine Anleihe bewilligte! (Bravo!) Was aber für die Erfüllung der Bundespflichten Preußens und für den Kräftensatz notwendig gewesen sei, das habe das Haus bewilligen wollen, — jedoch der Finanzminister habe Alles abgelehnt und eine Anleihe gefordert. Der Wagener'sche Adressentwurf verteidige den Casarismus, dieses Haus aber halte fest am Recht, und dazu bedürfe es keiner Adresse. (Bravo!)

Schulz (Borken, Hertha). Die Minorität habe ein eben so gutes Gewissen, als die Majorität — ein so gutes Gewissen, daß sie nicht das Bedürfnis habe, andere Mitglieder dieses Hauses zu verächtlichen. (Bravo im Centrum.) Man bringe gegen das Centrum vor, daß seine Mitglieder bei den letzten Wahlen durchweg konservativ gestimmt hätten. Es handle sich gegenwärtig aber um etwas ganz Anderes, um eine Adresse. Der Reichensperger'sche Entwurf habe in großen liberalen Blättern Anerkennung gefunden, derart, daß die „Hertha" z. B. sogar ihre Bedauern darüber ausgesprochen habe, daß der betreffende Antrag nicht von einer vertrauenswerthen Persönlichkeit gestellt worden sei. Bis jetzt sei dieses Haus nur mit Anträgen gegen die Kräfte der Krone vor den Thron getreten; man solle es also auch einmal mit einer andern Adresse versuchen. Der Reichensperger'sche Entwurf fordere unbedingte Anerkennung des Budgetrechts dieses Hauses und zweijährige Dienstzeit — darauf komme Alles an, das wolle das Land. Das Land wolle den Frieden, es bedürfe des Friedens; wer daher den Krieg der Verbündung nicht betreibe, der stelle das Interesse der Partei höher als das Wohl des Vaterlandes. (Widerspruch links.) Ja, dem sei so, und das Land werde auch über die betreffenden Abgeordneten so urtheilen. (Bravo! im Centrum.)

Der Schluß der Diskussion wird beantragt und angenommen. Für den abwesenden Antragsteller Reichensperger erhält nun der Abg. Herrath das Wort, indem er hauptsächlich hervorhebt, wie die katholische Fraktion stets nur liberale Anschauungen in diesem Hause vertreten habe.

Wagener: Es sei nicht statthaft, die in der Thronrede ausgestreckte königliche Hand zurückzuweisen. Die Insinuation des Berichterstatters weise er zurück; er und seine Freunde wollten keine Tendenz machen; Neben sei verständlich, aber Schweigen sei noch verständlicher unter den gegenwärtigen Umständen. Ueber den Umstand, daß der König den Landtag in Person eröffnet habe, könne man nicht so leicht hinweggehen, die verfassungskonforme Gestaltung der Regierung gehe daraus hervor. Die Dinge lägen nicht mehr wie im vorigen Jahre; es seien inzwischen große Dinge geschehen, über welche alle Parteien stolze Freude empfänden. Sage der Berichterstatter: es seien keine ausgleichende Vorlagen angekündigt, so bemerke er darauf, daß ein König von Preußen nicht weiter gehen könne, als in der Thronrede gegangen sei. In der Budgetfrage handle es sich um eine Interpretation, und man werde zugehen müssen, daß die Regierung sich bei ihrer Interpretation eben so gut im guten Glauben befände, als die linke Seite dieses Hauses. (Rein, nein! links; ja, ja! rechts.) Dagegen, daß eine bestimmte Partei das gute Gewissen für sich allein, als ein Monopol, in Anspruch nehme, müsse er protestiren. (Bravo rechts.) Redner verteidigt dann die Armeeorganisation; die Dänen gefänden es jetzt selbst ein, daß ihre Niederlagen von Dem herrührten, was bei uns eben vermieden werden sollte. Er und seine Freunde könnten nicht anerkennen, daß Alles von diesem Hause allein abhängen sollte; sie anerkennen auch die Berechtigung des Herrenhauses. Der gegenwärtige Zustand sei kein verfassungswidrig; in solchen Fällen, die in der Verfassung nicht vorgesehen seien, müsse eben unser altes monarchisches Staatsrecht maßgebend sein. Die Vorberatungen dieses Hauses hätten sich, Dank der dänischen Demokratie (Heiterkeit), nicht erfüllt; die Politik, die jetzt in der Wilhelmstraße getrieben werde, habe Preußen zum höchsten Ansehen gebracht. Er und seine Freunde verläugneten ihre Prinzipien keinen Augenblick, sie würden nicht über Bord. Die Allianz mit Oesterreich hätten sie immer vertreten, sie hätten sich immer dazu bekannt, daß die kleineren deutschen Regierungen den beiden großen deutschen Staaten als Trabanten zu folgen hätten; sie hätten auch immer festgehalten an der Legitimität; die Legitimität des Augustenburger sei mindestens noch zweifelhaft. Schließlich empfiehlt Redner unter großer Heiterkeit des Hauses, daß das Haus sich auf den Standpunkt der Regierung stellen möge, sonst seien die Konsequenzen des innern Konflikts in Bezug auf die weitere Verfassungsentwicklung unabsehbar.

Der Minister des Innern: Der anständige Ton, den der Berichterstatter angeschlagen, erinnere an bessere Zeiten (Oh, oh!), und erleichtere es ihm, dem Minister, vor der Abstimmung sich noch zu äußern. Das gegenwärtige Ministerium habe einen Zustand vorgefunden, den es nicht herbeizuführen und den es nicht herbeizuführen haben würde, wenn es damals bereits im Amt gewesen wäre. Die gegenwärtigen Minister seien also, wie auch die Majorität dieses Hauses, in ihre jetzige Stellung hineingedrängt worden. Ein faktischer Zustand sei also vorhanden und hiernach müsse man das Weitere bemessen. Nun möge man sich einen König denken, der, durch und durch Solbat, nur an die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes denke, der das Mittel dazu in der Armeeorganisation gefunden, die er für so wichtig halte, daß er, um ihrer Aufrechterhaltung willen, sogar einen budgetlosen Zustand nicht scheute; man möge ferner bedenken, daß inzwischen ein siegreicher Krieg geführt worden, und daß die propheetischen Befahren des budgetlosen Zustandes sich nicht bestätigt, — und dann möge man sich fragen, ob dieser König wohl

sagen könnte: ich gebe diese Reorganisation auf. Das könnte kein König von Preußen mehr, das werde nicht geschehen, so lange wir alle lebten. Man möge also nicht die Militärfrage zum Probierstein für die Budgetfrage machen; in allen anderen Punkten würde die Regierung gen entgegenkommen. Ehe das Haus dies aber, so würde die Lehre der letzten Jahre nicht verloren sein. Möchte das Haus die Betätigung dieses Patriotismus nicht seinen Nachfolgern überlassen.

Dr. Löwe (Galbe): Wenn die preussische Krone jemals Ursache gehabt, zu sagen: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden“, so sei dies jetzt gegenüber der Rede des Ministers der Fall. Die Rede bedeute, daß Alles aus und zu Ende sei für dieses Haus. Man habe aber schon viele sehr bestimmt klingende Worte gehört; von einer viel höhern Stelle als derjenigen des Ministers des Innern habe man einst das Wort gehört: „Es soll sich kein Blatt Papier bringen zwischen mich und mein Volk“, dann habe man auch das berühmte: „Niemals! niemals!“ gehört. Aber es sei Manches doch anders gekommen; und dieses Haus werde auch jetzt festhalten an seinem guten Recht.

Dr. Gneist: Die Macht des Königs sei stark geworden, habe man gesagt. Wer freue sich dessen nicht? Aber der König würde gewiss noch viel stärker sein, wenn er nur nach Gesetzen regierte. (Bravo!)

Dr. Jacobi: Der Abg. Wagener habe ihm die zweideutige Ehre erwiesen, sich in seinen Ausführungen auf ihn zu berufen. Dem müsse doch wohl ein Mißverständnis zu Grunde liegen; er nehme nicht Anstand, offen zu erklären, daß er jede Macht verachte, die das Recht nicht auf ihrer Seite habe.

Abg. Hermann als Berichterstatter: Eine Verständigung wäre nur durch reale Koncessionen möglich gewesen; solche fehlten aber gänzlich, und deshalb werde von den Berichterstattern dem Hause die Ablehnung der Anträge empfohlen; dadurch aber, daß das Haus mit seinen gerechten Beschwerden nicht vor den Thron treten wolle, zeige es gerade, daß seine Befinnung eine verführliche sei.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag der Berichterstatter: Ablehnung der Anträge der Abgg. Reichensperger und Wagener — mit 275 gegen 24 Stimmen angenommen.

Berlin, 25. Jan. (W. L. B.) Die „Provinzialkorresp.“ berichtet, daß der Prinz Friedrich Karl wiederholt längere vertrauliche Unterhaltungen mit dem Kaiser allein oder unter Theilnahme der dem Kaiser zunächst stehenden Generale hatte. Obwohl dem Besuch des Prinzen in Wien bestimmte politische Zwecke nicht zu Grunde lagen, so habe derselbe doch sicherlich dazu beigetragen, auf das erfreulichste die Waffenbrüderchafts- und Bundesgenossenschaftsbände zwischen Oesterreich und Preußen zu stärken. — Weiter bemerkt die „Prov.-Korresp.“:

Bei der Entscheidung der Frage der Erbfolge in den Herzogthümern verdienen, abgesehen von etwaigen Rechten Preußens, die odenburgischen und andern Erbansprüche dieselbe gewissenhafte Prüfung und Rücksichtnahme, wie die augenburgerischen Ansprüche. Die Freunde des Erbprinzen von Augustenburg sollten daher, wenn sie dazu beitragen wollen, eine Lösung im augenburgerischen Sinn überhaupt möglich zu machen, dafür sorgen, daß Preußen und Deutschland in diesem Fall eine Gewähr rückhaltloser Erfüllung der unter allen Umständen notwendigen Bedingungen erhalten.

Stettin, 23. Jan. Die „N. Stett. Ztg.“ meldet: „In unserer Provinz bereitet sich gegenwärtig eine Agitation der Rittergutsbesitzer vor, welche den Zweck hat, für diese bei Beginn der Grundsteuer-Regulirung eine zwanzigfache Abschlagssumme durchzusetzen. Es werden bereits darauf bezügliche lithographirte Zirkulare in Umlauf gesetzt, und steht in jedem Kreise ein Rittergutsbesitzer — im Saatziger ein Kreisdeputirter — an der Spitze dieser Agitation.“

Wien, 24. Jan. Hiesige Blätter wissen heute bereits zu erzählen, was die preussische Antwort auf die österreichische Depesche vom 21. Dez. enthält und was sie nicht enthält. Ich verlohne Sie mit den betreffenden Notizen, denn es ist sicher, daß diese preussische Antwort auch heute noch gar nicht existirt. Freilich wird noch bestimmter als früher wiederholt, daß dieselbe nach den vom Fhrn. v. Werthher gemachten Anbeutungen im Lauf der Woche zu erwarten sein werde.

Es war, wie sich jetzt schon mit Sicherheit übersehen läßt, eine zu sanguinische Auffassung der Verhältnisse, wenn man die Absicht der Regierung anzunehmen zu dürfen glaubte, das Ausgabebudget nachträglich um den ganzen Betrag des diesjährigen Defizits (22 1/2 Mill.) herabzumindern. Die Regierung hat nichts zugefagt, als ganz allgemein, daß sie nochmals gewissenhaft prüfen werde, wo und wie etwa noch eine Beschränkung der Ausgaben thunlich sei; und wenn man billig sein will, so wird man zugeben müssen, daß die Zeitumstände nicht darnach angethan sind, um hoffen zu lassen, daß schon jetzt das Defizit ganz würde verschwinden können. Wo Jahre lang ein so ungeheures Mißverhältnis zwischen den Ausgaben und Einnahmen des Staats bestanden, und wo die Vergangenheit einmal bindende Verpflichtungen so ausgedehnter Art geschaffen hat, wie in Oesterreich, da wird es, wenn nicht gewaltsame Störungen im Staatsleben heraufbeschworen werden sollen, nur nach und nach möglich sein, die Ausgaben nach den Einnahmen zu regeln. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses soll übrigens auf beiden Seiten eine sehr maßvolle Auffassung der Verhältnisse sich geltend gemacht haben, welche auf eine schließliche Verständigung hoffen läßt.

Wien, 24. Jan. (N. Z.) Wie wir verlässlich hören, wird gegenwärtig in Athen, vorzugsweise auf Betreiben Oesterreichs und unter seiner Vermittlung, ernstlich über die Entschädigungsforderungen des Königs Otto bezüglich des ihm bisher vorenthaltenen Privatvermögens verhandelt. Es sind in dieser Angelegenheit zwei Kommissionen in Thätigkeit, von welchen die eine die rechtliche Begründung jener Forderungen zu prüfen, die andere eventuell die Höhe der zu leistenden Entschädigung festzustellen hat. — Semeire ist gegenwärtig schon in Pesth. Sein körperlicher Zustand soll fast nichts, sein geistiger nahezu Alles zu wünschen übrig lassen. In Wien hat der Kranke bloß übernachtet.

Italien.

Turin, 24. Jan. Graf Latour, der zum Gesandten Italiens in Mexiko ernannt ist, wird am 1. Febr. die Reise nach seinem neuen Posten antreten. — Die „offizielle Zeitung“ veröffentlicht ein Dekret, dem zufolge von jetzt an nur noch den Präfekten von Neapel, Turin, Palermo, Mailand, Genua und Florenz Repräsentationsgelder bewilligt werden sollen.

Frankreich.

Paris, 25. Jan. Der „Abend-Moniteur“ veröffentlicht ein von heute datirtes kais. Dekret, welches den Senat und den Gesetzgeb. Körper auf den 15. Febr. einberuft. Unter den Gesetzentwürfen, welche den Kammern vorgelegt werden sollen, nennt man ein Gesetz über die General- und Municipalräthe, ein Gesetz wegen Aufhebung des Privilegiums der Waarenmärkte, Gesetze über die anonymen Gesellschaften und über jene „à responsabilité limitée“, über Personalhaft und das Eigenthum der Geistesprodukte.

Der „Constitutionnel“ führt heute die Hauptstellen eines längern Artikels des „Pays“ an, welches mit diesem eine Reihe von Aufsätzen beginnt, die sich zum Ziel setzen, die Stellung der französischen Verfassung zur öffentlichen Meinung zu erörtern. Dieser Artikel verdient eine um so mehr Beachtung, als der „Constitutionnel“, der ihn zum größten Theil wiedergibt, seine vollständige Bestimmung zu den dort ausgeprochenen Ansichten, sowie seine Anerkennung für das Billigkeits- und Gerechtigkeitsgefühl, welches diese Zeilen dikirt, kund gibt. Der Artikel bezieht sich, den Begriff des Gallikanismus näher zu beleuchten. Es mag genügen, den Schluß mitzutheilen. Er lautet:

In Frankreich hat es für die Katholiken nie einen andern Glauben gegeben, als den apostolischen und römischen Glauben. Demnach wäre eine im eigentlichen Sinn des Wortes gallikanische Theologie bei uns mehr als eine Anomalie gewesen. Aber es mußte bestehen; es bestand in der That zu allen Zeiten, nicht allein von der Zeit Ludwig's XIV. an, wie Mgr. Dupanloup glaubt, sondern von Euseb, von Karl dem Großen, von Philipp August und Ludwig dem Heiligen an ein gallikanisch-lanonisches Recht, d. h. ein Recht, welches den Bedürfnissen der Kirche Frankreichs und ihrer Verfassung besonders angepaßt war; sowie diese im Innern aus den Ordnungen und überlieferten Gebräuchen des Landes, nach außen aus ihren Privilegien und damit verbundenen Lasten als integrirende Theile des Staates hervorzog. Was sagte, was that der heil. Stuhl während Jahrhunderten Angesichts einer solchen Sachlage? Der heil. Stuhl hätte augenscheinlich nicht einen einzigen Tag, wenn man nicht dem Schisma verfallen wollte, zugegeben, daß man eine andere Religion als die seine lehre. Aber was das kanonische Recht betrifft, so hatte er die Klugheit, sich nachgiebiger zu zeigen, als in unsern Tagen, und nicht dagegen einzunehmen, daß unsere Gesetzmäßigkeit an besondern Regeln haften, welche oft mit seinen eigenen Tendenzen und hin und wieder sogar mit den eng beschränkenden Tendenzen seines Handelns in Widerspruch standen.

Es sind zwischen Belgien und Frankreich Unterhandlungen wegen Abschluß eines neuen Postvertrags eingeleitet worden. Der Generaldirektor, Hr. Faffieux, befindet sich, dieser Sache wegen, augenblicklich in Paris. — Der „Patrie“ geht die Nachricht zu, daß die spanische Panzerflotte, welche sich vorbereitete, am 26. Januar von Cadix nach Callao abzugehen, Gegenbefehl erhalten hat, und Spanien nicht verlassen wird. Man schreibt diese Maßregel den letzten in Madrid angelangten Nachrichten zu, welche eine Ausgleichung des spanisch-peruanischen Konflikts hoffen lassen. — Heute Morgen fand eine Explosion in der Gasleitung statt, welche längs der Austerlitz-Brücke von einem Ufer zum andern läuft. Ein Theil der eisernen Brücke sprang in die Luft. Einem Arbeiter wurde der Kopf buchstäblich abgerissen, etliche 10 Personen wurden getödtet, ins Wasser geschleudert, verwundet.

Die heutige Börse war, im Vergleich mit der gestrigen, sehr fest. Man erwartet für morgen eine Herabsetzung des Parisischen Kurses in Paris und London. Rente erreichte 67,05, ital. Anleihe hob sich, trotz eines Aufsehens machenden Verkaufes am Anfang der Börse, auf 65,05.

Spanien.

Madrid, 24. Jan. Der Ministerrath hat heute beschloffen, aus dem die Vorausberhebung der Steuern betreffenden Gesetzentwurf eine Kabinettsfrage zu machen.

Amerika.

Neu-York, 10. Jan. Der Moniteur-Korrespondent berichtet in seiner neuesten Mittheilung über die großen Fortschritte der Sklaveneinwanderung in den Nordstaaten. Bereits haben Westvirginien, Louisiana und Maryland die Sklaverei abgeschafft. Delaware, Arkansas und Tennessee sind im Begriff, diesem Beispiel nachzufolgen. In Bezug auf die beiden letztern Staaten hängt die Durchführung dieser Maßregel lediglich von dem weitem Verlauf und Ausgang der Kriegsoperationen ab. In Missouri macht die abolitionistische Sache unverkennbare Fortschritte, und selbst in Kentucky fängt sie an, Wurzeln zu schlagen. Es hat bereits, was in Washington als ein Ereigniß angesehen wurde, ein Abgeordneter aus Kentucky im Kongreß eine Rede gegen die Sklaverei gehalten. Selbst im Süden wird die Nothwendigkeit mit jedem Tag dringender, die Schwarzen zu emancipiren, um sie als Soldaten verwenden zu können.

Vom Kriegsschauplatz weiß der Korrespondent nichts zu berichten, als daß Gen. Thomas seine Streitkräfte zu East Port im nordwestlichen Theil von Mississippi zusammenzieht.

Aus Montreal wird geschrieben, daß der dortige Justizhof sich in der Sache der vom Richter Courfol freigelassenen südstaatlichen Freischärler als kompetent erklärt hat, und daß diejenigen, welche St. Albans einzuäschern versucht haben, wahrscheinlich den Bundesbehörden ausgeliefert werden. Der Polizeichef von Montreal, der sich der von Courfol freigelassenen südstaatlichen Freischärler mit solchem Eifer angenommen hat, ist um seine Entlassung gekommen und hat sie auch bereits von Lord Monck erhalten.

Baden.

Karlsruhe, 24. Jan. Durch zwei ungefähr gleichzeitige Erlasse hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika die Anordnung getroffen:

1) Daß mit Ausnahme von Passagieren, die als Einwanderer zur See unmittelbar in amerikanischen Häfen eintreffen, fortan keinem Reisenden gestattet sein soll, ohne Paß aus einem fremden Land in die gemänten Staaten einzutreten;

2) Daß Einwanderern unter Erlassung der früheren Voraussetzung mehrjähriger Aufenthalts in der Union die sofortige Erwerbung des amerikanischen Staatsbürgerrechts, sammt allen damit verknüpften Rechten und Pflichten (also einschließlich des Kriegsdienstes) ermöglicht werde.

Die diesseitigen Staatsangehörigen, welche nach der Union zu reisen gedenken, sind hiernach um so mehr aufgefordert, sich mit genügenden Ausweisen zu versehen, als sie, ohne solche, gegen ihre ursprüngliche Absicht durch Eintrittsschwierigkeiten an den Unionsgrenzen veranlaßt werden könnten, ihr seitheriges Staatsbürgerrecht übereilt aufzugeben.

Heidelberg, 22. Jan. (Mnh. Z.) Was die hiesige Ackerbauschule betrifft, so nimmt dieselbe einen gedeihlichen Fortgang. Sie zählt bereits 22 Schüler, und es läßt sich mit ziemlicher Zuversicht erwarten, daß der Lehrkurs im künftigen Semester noch eine größere Anzahl von Schülern aufweisen wird, da auch Ausländer zur Aufnahme erwartet werden.

Vermischte Nachrichten.

München, 24. Jan. Die „Bayer. Ztg.“ schreibt: Zur Vertretung Bayerns bei den wahrscheinlich in nächster Woche beginnenden Verhandlungen zwischen Bayern, Württemberg und Baden Namens des Zollvereins einerseits, und der Schweiz andererseits ist der Oberzollrath Widmann (zur Zeit Bevollmächtigter bei der königl. preussischen Provinzial-Steuerdirektion in Köln) bestimmt worden. Es handelt sich bekanntlich bei diesen in Stuttgart stattfindenden Konferenzen um den Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages des Zollvereins mit der Schweiz. Oberzollrath Widmann ist hier eingetroffen, und wird sich nächster Tage nach Stuttgart begeben.

Krosen, am 20., Morgens, ist den Bewohnern der Residenz die Geburt eines Erbprinzen verkündet worden.

Kiel, 19. Jan. Ihre Zustimmung zu der Erklärung der 40 Mitglieder der Ritterschaft und Großgrundbesitzer haben der „Kiel. Ztg.“ zufolge jener erklärt: C. Graf Rankau auf Nohlfors, v. Abercron auf Weischenhoff, Gumpel auf Tralan, Schröder auf Harzhoff, Wilberg auf Hohenstein, Graf W. Baubiffin auf Rankau, General Graf D. Baubiffin, Graf Hermann Baubiffin, z. Z. in Freiburg im Breisgau, Meyerink auf Schönböden. — Von den Bundes-Exekutionstruppen sind während der Zeit vom 1. Sept. bis zu ihrem Rückmarsch in die Heimath, also bis zum 19. Dez. v. J., für Lieferungen und Leistungen an holländische Gemeinden bezahlt worden 385,163 Thlr. 11 Gr. 3 Pf., bis ultimo August 1864 waren bezahlt 692,422 Thlr. 19 Gr. 4 Pf.; also beträgt nunmehr die Vergütungssumme 1,077,586 Thlr. 7 Pf. oder 2,693,965 Mk. 1 Sch. Grt.

Glogau, 23. Jan. Die Verhandlungen im Odenflappen-Prozess finden im gewöhnlichen, nicht sehr geräumigen Sitzungssaal statt. Der „Bresl. Ztg.“ zufolge ist der Gerichtshof für die vorliegende Prozeßsache wie folgt gebildet. Vorsitzender: Kreisgerichtsdirektor v. Wurmb. Beisitzer: Kreisrichter Fleischmann und Affessor Sattig. Die Staatsanwaltschaft ist durch Staatsanwalt Heine vertreten; als Verteidiger wird Justizrath Körte fungiren. Die Anklage lautet auf öffentliche Verleumdung im Rückfall und Vergehen wider die öffentliche Ordnung, gestiftet auf die §§ 101, 156 und 163 des Strafgesetzbuchs; sie ist gerichtet gegen die Redakteure des „Niederschl. Anzeigers“, Buchhändler Karl Flemming jun. und Wilh. Michaelis. Die Verhandlung beginnt morgen den 24. Jan., Vormittags 10 Uhr, und wird voraussichtlich bis gegen 6 Uhr Abends dauern. Fraglich ist, ob das Erkenntniß schon morgen publizirt wird. Fern. Drogand, die als Zeugin vernommen wird, ist bereits vorgestern aus Breslau hier eingetroffen.

Strasburg, 23. Jan. (Sch. M.) Der Bischof von Strasburg hat nun auch seine Stimme erhoben. Der „Monde“ veröffentlicht einen sehr langen Brief desselben an den Kultminister. Der elsässische Prälat bezieht sich vorzugsweise, die Encyclica hinsichtlich der Lehre von der religiösen Freiheit zu rechtfertigen, weil, sagt er, „dieser Lehrsatz besonders der Gegenwart heftiger Angriffe war und zu den falschesten Deutungen Anlaß gegeben hat.“ Se. Hochw. Herr Andreas Raes protestirt gegen den Vorwurf, den man dem Papst gemacht hat, daß er die Katholiken Frankreichs zur Verachtung der französischen Gesetze habe aufreizen wollen. „Wir können — sagt er — gute Katholiken bleiben und aufrichtig, nicht durch Gewalt, sondern aus Vernunft und Gewissen die Rechte achten, welche unsere andersgläubigen Landsleute von der Geschichte, von den Stitten und den Gesetzen Frankreichs haben.“ Der Bischof fügt hinzu, daß, wenn die Regierung den Bischöfen die Freiheit gelassen hätte, die Encyclica vorzulesen und zu erklären, sie dem Texte derselben die notwendigen Erläuterungen hätten geben können, um jedem Mißverständnis vorzubeugen. Es sind nun etliche dreißig solcher bischöflichen Verwahrungen veröffentlicht worden, aber aus der Ruhe, welche überall herrscht, und aus der geringen Aufregung, welche diese Proteste in den Gemüthern hervorbringen, kann man schließen, daß die Regierung ohne Uebelstand die päpstlichen Verwahrungen in aller Freiheit hätte verkünden lassen können.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

25. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	6,00	+ 2,0	S. W.	ganz bew.	trüb, Nebel, Regen
Mittags 2 „	6,73	+ 2,0	„	„	„
Nachts 9 „	6,30	+ 2,0	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 27. Jan. 4. Abonnementskonzert des großherzogl. Hoforchesters im Museumsaal; dem Gesammtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr.

Sonntag 29. Jan. 1. Quartal. 15. Abonnementsvorstellung. Doktor Faust's Hauskämpfe; Pöffe mit Gesang in 3 Akten, von Hopp; Musik von Hebenstreit.

